

Hintergrund

Hinter der Stadtverordnetenversammlung liegt eine lange Sommerpause. Ende Juni hatten die Fraktionen zuletzt getagt, Ende September treffen sie sich wieder. Es ist normal, dass einiges liegen geblieben ist, das jetzt nachgearbeitet werden muss. Deshalb sind die Tagesordnungen von Ausschüssen und Parlament im September immer länger. Dennoch wird die Beratungsrunde, die morgen Abend startet, besonders sein. Weil der Sommer besonders war.

Im Grunde seit Mai verging auch in Gießen keine Woche, in der nicht irgendwelche Aktionen oder Demonstrationen zu den Themen Klimaschutz und Verkehr stattfanden. Schüler zogen unter dem Motto Fridays for Future durch die Stadt. Bei Verkehrsaktionstagen wurden Neustadt und Bahnhofstraße verkehrsberuhigt, der Anlagenring gehörte zur Hälfte für Stunden den Radfahrern. In den Nebenräumen der Kongresshalle diskutierten Bürger Wege zur »nachhaltigen Mobilität«. Der Verein Lebenswertes Gießen startete die Kampagne Gießen2035Null und gab das Ziel aus, Gießen müsse in gut 15 Jahren eine klimaneutrale Stadt sein. Und zuletzt kam noch die Kampfinsage aus Lützellinden, dessen Bewohner kein zweites Gewerbegebiet vor der Nase haben wollen.

Verkehr wird zunehmen

Die Stadtpolitik nahm zunächst eine Beobachterrolle ein, ehe vor allem die Regierungsparteien SPD und Grüne durch Presseerklärungen oder eigene Teilnahme Sympathie für die Anliegen der Schüler, der Initiative Gießen2035Null und der Verkehrswende-Aktivistinnen bekundeten. So unterschrieb SPD-Fraktionschef Christopher Nübel den Bürgerantrag zum Klimaschutz höchstselbst und kündigte für seine Partei »zeitnah weitere Vorschläge für CO₂-Minderungen und Luftreinhaltung in der Stadt« an. Die SPD-Oberbürgermeisterin fand Gefallen an der Idee einer Pkw-freien Neustadt, die Grünen legten eilig ein Klimaschutzkonzept vor. Da wollte auch CDU-Bürgermeister Peter Neidel nicht nachstehen und kündigte die Ausweisung der ersten Gießener Fahrradstraßen an. Zum Überläufer wurde der Verkehrsdezernent freilich nicht. Für eine dynamische Stadt wie Gießen sei »viel Verkehr erst einmal etwas Gutes«, erklärte Neidel.

Vor allem SPD und Grüne haben in diesem Sommer in zwei Welten gelebt. In der einen Welt finden die ganzen schönen Aktionen statt.



Stadtpolitik in zwei Welten

Von Burkhard Möller

Dort wird Lob an Schüler und Bürgerinitiativen verteilt, es werden Konzepte geschrieben, Wünsche formuliert und Forderungen gestellt. Die andere Welt, in der die großen Bebauungspläne für neue Gewerbe- und Wohngebiete liegen, war aber immer da. In dieser Welt wird das Gießen-Wachstum samt Nebenwirkungen zur beschlossenen Sache.

Am morgigen Dienstag, wenn sich der parlamentarische Ausschuss für Bauen, Planen, Umwelt und Verkehr zur ersten Sitzung nach der Sommerpause trifft, werden sich diese Welten begegnen. Die Ansiedlung des großen Otto-Logistikzentrums im früheren US-Depot steht ebenso auf der Tagesordnung wie die Planung für das Wohn- und Gewerbegebiet Philosophenhöhe. Aber eben auch der Bürgerantrag auf Vorverlegung des Gießener Klimaziels um 15 Jahre und der Antrag des Ortsbeirats Lützellinden, keine weiteren Schritte für ein zweites Gewerbegebiet auf den fruchtbaren Feldern im

Südwesten des Dorfs zu unternehmen. Eine Forderung, der sich am Freitag nun die Gießener SPD angeschlossen hat. Bei der Otto-Ansiedlung wird es keinen Sinneswandel geben. Die Grünen verweisen darauf, dass es sich bei den Um- und Folgenutzungen im Gießener Osten um Flächenrecycling handelt. Damit werde dem Grundsatz, dass die Innen- vor der Außenentwicklung geht, Rechnung getragen.

Es wird aber mehr Verkehr geben und das Geschäftsmodell der Versandhändler noch geraume Zeit nur mit Diesel funktionieren. Aktuelle Zahlen gehen von pro Tag zusätzlich 864 Lkw- und 2250 Pkw-Fahrten allein durch Otto aus. Die neuen Wohnhäuser im früheren US-Depot und auf der Philosophenhöhe sowie die neuen Betriebe erzeugen auch mehr Verkehr. Für die Grünberger Straße geht eine Prognose von 20 bis 25 Prozent Zuwachs bis 2030 aus.

Der Magistrat hat im Rahmen des dritten und letzten Plans für das Depot-Gelände viele Re-

gister gezogen, um die zusätzliche Verkehrsbelastung in Grenzen zu halten. Noch im September soll sich Otto in einem Vertrag unter anderem dazu verpflichten, Fahrgemeinschaften unter den bis zu 1800 Beschäftigten zu organisieren und ein Fahrradleihsystem zu installieren. Die neue Stadtbushlinie 17 wird durch das Gebiet am Alten Flughafen fahren, der politische Wille für einen Haltepunkt der Vogelsbergbahn ist bekundet. Bis noch in den August hinein hatte die Stadt mit HessenMobil und der Bundesautobahnverwaltung über eine Verwaltungsvereinbarung verhandelt. Die Stadt musste detailliert begründen, warum der Anteil des Pkw-Verkehrs (MIV) für das Gebiet Alter Flughafen in der Verkehrsuntersuchung mit 60 bis 70 Prozent vergleichsweise niedrig angesetzt wurde. Außerdem muss »absolut sicher« gewährleistet sein, dass der geplante Kreisverkehr hinter der Abfahrt Ursulum so leistungsfähig ist, dass es nicht zu Rückstaus auf die Autobahn kommt. Verkehr wird hier gebändigt. Mit den Verkehrswende-Debatten des Frühjahrs und Sommers hat die Realität der Bebauungspläne wenig zu tun.

Ideale treffen auf Realpolitik

Ein Widerspruch ist schon in der Koalitionsvereinbarung vom Juni 2016 angelegt. SPD, CDU und Grüne hatten sich einerseits darauf geeinigt, südwestlich von Lützellinden weitere 25 Hektar Gewerbefläche zu entwickeln, wenn andere Flächen nicht mehr zur Verfügung stehen. Andererseits enthält der Vertrag ein Bekenntnis zum Bodenschutz. Dass das nicht zusammenpasst, hat der Bodenkundler Prof. Jan Siemens von der Justus-Liebig-Universität bei einer Bürgerversammlung vor zwei Wochen erklärt, als er den Bogen von der Welternährungslage zu den fruchtbaren und dem Klimawandel trotztenden Lössböden bei Lützellinden spannte. Der Verzicht auf den »Gewerbepark Lützellinden« wäre im Übrigen auch eine Konsequenz, die sich aus einer Zustimmung zum Bürgerantrag Gießen 2035Null ergeben würde.

So werden morgen Abend im Rathaus die klimapolitischen Ideale des Sommers und die Realität des Stadtwachstums aufeinandertreffen. Oder aufeinanderprallen. (Foto: dpa)
 ✗ Die Sitzung des Bauausschusses beginnt am Dienstag um 19 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses. Wer Interesse hat, sollte mindestens zwei, eher drei Stunden einplanen.

